

Kleiner Beitrag. Große Wirkung.



Fördern Sie die
Unabhängigkeit
der »Blätter« –
schon ab 10 Euro
im Monat

Mehr auf
www.blaetter.de



In der Tradition der Weltbühne
von Siegfried Jacobsohn,
Kurt Tucholsky
und Carl von Ossietzky:

Links, liberal und unabhängig.

Mit Beiträgen zu Fragen der Zeit
und darüber hinaus.
Spezialrubrik: Vor 90 Jahren – Reprints
aus der klassischen Weltbühne.

PDF-Abo: ab 25,74 Euro p.a.
www.das-blaettdchen.de

eBook-Abo: ab 57,20 Euro p.a.
www.das-blaettdchen.de

Alle 14 Tage montags
online unter
www.das-blaettdchen.de



Europa, China, Arabellion: Die Zukunft der Zivilisierung

Von Dieter Senghaas

Nach dem NSA-Skandal – dem gezielten Abhören der deutschen Bevölkerung bis hin zur Bundeskanzlerin – ist der Riss durch den einstigen Westen kaum mehr zu übersehen. Während ganz offensichtlich die Vereinigten Staaten immer weniger Rücksicht auch auf ihre einstigen „Freunde“ nehmen, gehen die europäischen Verbündeten zunehmend auf Distanz zur letzten verbliebenen Supermacht. So haben Angela Merkel und die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff nun eine gemeinsame UN-Resolution eingebracht, die unmissverständlich gegen das Verhalten der Vereinigten Staaten gerichtet ist – ein bis vor Kurzem unvorstellbarer Vorgang.

Gleichzeitig taucht die Frage nach der zivilisatorischen – oder genauer: nach der zivilisierenden Basis derartiger neuer Bündnisse auf, Bündnisse speziell zwischen westlichen und BRICS-Staaten. Oder anders gefragt: Was verbindet heute Deutschland oder Frankreich mit Staaten wie China – und welche Perspektiven der Zivilisierung öffentlicher Ordnung gibt es jenseits des Westens?

Wenn im Folgenden von Zivilisierung die Rede ist, dann sind damit keineswegs alte kulturalistische Vorstellungen von höher und niedriger angesiedelten Zivilisationen gemeint. Als zivilisierend verstanden werden vielmehr nachhaltige, institutionell abgesicherte Bemühungen um friedliche Koexistenz in modernen bzw. sich modernisierenden Gesellschaften.

Im Unterschied zu traditionellen zeichnen sich moderne Gesellschaften durch eine Fülle von sozialen Gruppierungen aus. Gesellschaften dieses Typs sind durch anhaltenden sozialen Wandel und eine sich immer neu akzentuierende Pluralisierung und deren Politisierung gekennzeichnet. Weil aber die entstehenden Gruppen über höchst unterschiedliche Interessen und Identitäten verfügen, sind im öffentlichen Raum akzeptierte Spielregeln der Konfliktbearbeitung erforderlich, um angesichts unvermeidlicher Konflikte einer Eskalation zum Bürgerkrieg frühzeitig und verlässlich entgegenwirken zu können.

Um den inneren Frieden in modernen Gesellschaften einigermaßen zu sichern, sind nach entwicklungsgeschichtlicher Erfahrung sechs aufeinander

* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag für die VDW-Jahrestagung „Zwischen Destabilisierung und Pluralisierung. Friede in Zeiten globaler Machtverschiebungen“ in Arnoldshain vom 6. bis 8. Dezember 2013.

der einwirkende Bausteine – das sogenannte zivilisatorische Hexagon –, von tragender Bedeutung: erstens das *Gewaltmonopol des Staates*, das zweitens der *rechtsstaatlichen Kontrolle* bedarf, wobei drittens Legitimität und Effizienz beider Komponenten ohne eine breitgefächerte *demokratische Partizipation* nicht vorstellbar sind. Sollen die Spielregeln des demokratischen Rechtsstaates von der Mehrheit der Menschen in der jeweiligen Gesellschaft als fair eingeschätzt werden, sind viertens *Bemühungen um soziale Gerechtigkeit* unerlässlich. Fünftens ist eine in arbeitsteilig ausdifferenzierten Gesellschaften unabdingbare *Affektkontrolle*, die das friedliche Zusammenleben erst ermöglicht, erforderlich. Wirken diese fünf Komponenten zusammen, so besteht die Chance, dass sich sechstens eine *Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung* herausbildet – quasi als emotionale und sozialpsychologische Rückversicherung des Gesamtgebildes.¹

Dieses moderne Arrangement der friedlichen Konfliktbearbeitung war und ist in jedem einzelnen Fall das Ergebnis eines kollektiven Lernprozesses wider die eigene, meist feudale Tradition. Bei der Herausbildung dieses Gebildes handelt es sich nach aller historischen Erfahrung somit um einen Zivilisierungsprozess wider Willen – mit Phasen von Progression und auch Regression. Was heute im Allgemeinen in westlichen Gesellschaften wertgeschätzt wird – der Schutz von Grundfreiheiten und Menschenrechten, Gewaltenteilung, das Recht auf politische Partizipation und vieles andere mehr –, ist nicht das Ergebnis gewissermaßen kulturgenetisch vorgeprägter Entwicklungen, sondern vielmehr die Folge von Kulturrevolutionen. Nicht „Kulturgene“ prägten die Entwicklung westlicher Gesellschaften; vielmehr wurde in Reaktion auf sozialen Wandel die jeweilige Konfliktgeschichte unterschiedlicher Kräfte für und wider die eigene Tradition geschichtsbestimmend. Zivilisierend wirkt also nicht ein *clash of civilizations*, sondern ein je spezifischer *clash within civilization*.²

Dringend zu warnen ist deshalb vor einer retrospektiven Teleologie, die eine historische Zwangsläufigkeit der westlichen Entwicklung insinuiert. Daraus folgt im Umkehrschluss aber auch, dass Gesellschaften, die heute zur westlichen Welt gerechnet werden, ihre Form der mühsam errungenen Zivilität auch wieder verlieren können – während andererseits außerwestliche Staaten sie in der Folge interner Auseinandersetzungen gewinnen können.³

Die Strahlkraft des Westens

Fest steht: Die Geschichte der westlichen Entwicklungsperspektiven hat noch immer immense Bedeutung und Folgewirkungen für die außerwestliche Welt, das heißt für derzeit rund 85 Prozent der Weltbevölkerung.

- 1 Eine ausführliche Erörterung des „zivilisatorischen Hexagons“ findet sich in: Dieter Senghaas, *Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen*, Frankfurt a. M. 2004, Kap. I.
- 2 Vgl. Samuel Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, London 1996; Dieter Senghaas, *The Clash within Civilizations: Coming to Terms with Cultural Conflicts*, Oxford 2001.
- 3 Vgl. Dieter Senghaas, *Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst*, Frankfurt a. M. 1998.

Dieser Teil der Welt ist heute in unterschiedlichem Ausmaß einem tiefgreifenden sozioökonomischen und kulturellen Wandel ausgesetzt. Im ost- und südostasiatischen Raum ist dieser Prozess am weitesten fortgeschritten, in Schwarzafrika am wenigsten; andere Bereiche aus der sogenannten Dritten Welt befinden sich in diesem Spektrum in einer Zwischenlage: Die lange ertragenen und geduldeten Selbstverständlichkeiten des postkolonialen Status quo werden im Einzelfall inzwischen mehr oder weniger hinterfragt, oft auch bekämpft. Überall stellen sich somit – wie einst in der europäischen Geschichte – überlappende Konstellationen der Progression bzw. der Regression ein, denken wir nur an die Wirren der „Arabellion“.

Zu untersuchen sind alle diese Staaten im konkreten Einzelfall auf ihre jeweilige zivilisierende Perspektive. Dann nämlich könnte sich herausstellen, dass man die Rechnung ohne den außerwestlichen Wirt gemacht hat, bei dem die beschriebene Zivilisierungsperspektive gerade nicht verfängt.

Das Beispiel China oder: Wer verhindert Zivilisierung?

Greifen wir ein, ja das vielleicht wichtigste Beispiel heraus, die Volksrepublik China. Ein Land, das mit seinen rund 20 Prozent der derzeitigen Weltbevölkerung für die globale Zivilisierungsproblematik fraglos von zentraler Bedeutung sein wird. Wer also ist hier, um im Sprichwort zu bleiben, der außerwestliche Wirt? Ist es die Kommunistische Partei Chinas mit ihrem „Maulkorberlass“, über den bereits Ende Juni 2013 berichtet und der nun auf dem jüngsten Parteitag bekräftigt wurde? Demzufolge sollten von nun an folgende Themen in der öffentlichen Diskussion vermieden werden: Meinungsfreiheit, universale Werte, Zivilgesellschaft, Bürgerrechte, die Unabhängigkeit der Justiz; auch sollte über die früheren Fehler der Partei nicht mehr diskutiert werden. Das Verbot wurde damit begründet, dass es feindliche Kräfte gäbe, die die Herrschaft der Partei stürzen wollten. Deshalb müssten die ideologische Kontrolle und besonders die Aufsicht über das Internet verschärft werden.⁴ Handelt es sich bei diesem Erlass um eine Ordnungsvorstellung im Sinne des heute nicht nur in China selbst vielzitierten Konfuzius? Oder spiegelt der Maulkorberlass nicht vielmehr den Geist des Legismus wider, einer der vielen philosophischen Schulen während der sogenannten Achsenzeit in China, also der Periode der klassischen chinesischen Philosophie? Dem Legismus zufolge sind nämlich Menschen wie Tiger, die es zu bezähmen gilt; der hierfür erforderliche Käfig sind wirkungsmächtige, weil strafandrohende und effektiv strafende Institutionen.

Nicht nur der klassische Konfuzianismus, sondern auch andere seinerzeitige Denkrichtungen wie der Daoismus, der Mohismus oder der Yangismus hätten heute jedoch ganz andere Zivilisierungsperspektiven anzubieten, wenn es darum geht, das *luan*, also das drohende Chaos, angemessen

⁴ Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 29.6.2013. Umfassend informiert über die gesellschaftspolitisch kontroversen Diskussionen in China Nele Noesselt, Governance-Formen in China. Theorie und Praxis des chinesischen Modells, Wiesbaden 2012.

zu bewältigen. Die derzeitige offizielle Orientierung der KP Chinas – nach außen, somit fassadenhaft, konfuzianisch, aber innerlich legistisch – firmiert zwar unter der Leitperspektive „harmonische Gesellschaft“, ist als Strategie jedoch explizit gegen die westlichen Zivilisierungsperspektiven gerichtet.

Die überfällige Zivilisierungsproblematik wird von diesem parteizentrierten Blick jedoch verkannt: Zwar verfügt die Kommunistische Partei Chinas bis heute über ein Machtmonopol, aber angesichts des tiefen Umbruchs der Gesellschaft über kein unangefochtenes Diskussionsmonopol – und schon gar nicht über ein Monopol der für China angemessenen Zivilisierungsperspektiven. Bereits lange vor Gründung der kommunistischen Bewegung gab es in diesem Land im späten 19. Jahrhundert eine grundlegende Debatte darüber, ob – zugespitzt ausgedrückt – Konfuzius die Lösung oder nicht vielmehr das Problem sei, angesichts der damaligen relativen Wehrlosigkeit Chinas gegenüber der Penetration durch imperialistische Mächte. Damit begann eine Diskussion, die sich hier wie in vielen anderen Ländern in vier typischen alternativen Reaktionen auf die handfeste imperialistische und neokolonialistische Politik manifestierte: Eine Gruppierung plädierte für eine schnelle und umfassende Nachahmung (Imitation) des Westens. Eine zweite plädierte für die Wiederbelebung der *eigenen Tradition* (mit dem möglichen Ergebnis einer Neuerfindung dieser Tradition). Die eigene alte Tradition zu revitalisieren, doch gleichzeitig Wissenschaft und Technologie aus dem Westen zu übernehmen und zu imitieren, war immer schon das Programm der „halbierten Moderne“, der dritten Ausrichtung. Etwas Neues zu schaffen, also Innovation, war und ist die Zielsetzung in einer vierten Reaktionsweise.

Interessant ist, dass solche programmatischen Orientierungen, wenngleich im Einzelfall in einem unterschiedlichen Mischungsverhältnis, sich überall in der Welt gleichzeitig finden. Bei relativer Offenheit der sich politisierenden Diskussionsszenen führen sie zu dem, was man in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in China als „Kulturfieber“ bezeichnete, das allerdings am 4. Juni 1989 auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ (Tiananmen) brutal erstickt wurde.

Auch im heutigen China mag es extreme Sanktionsbemühungen gegen eine ausufernde und daher potentiell politisch nicht mehr steuerbare Diskussion über die eigenen Zivilisierungsperspektiven geben – mit Zensur, Inhaftierung von missliebigen Bloggern und ähnlichen Maßnahmen. Doch zeigt gerade dieses Land mit seiner fortschreitenden Urbanisierung, einer fast hundertprozentigen Alphabetisierung (auch von Frauen!) und einer sich qualitativ ausdifferenzierenden Ökonomie, dass solche Diskussionen letztendlich nicht auf Dauer und mit Erfolg unterdrückt werden können – ohne massive kontraproduktive Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und den Verlust der Möglichkeit ihrer effizienten, der Entwicklungsdynamik förderlichen politischen Steuerung zu zeitigen. Die derzeitigen grundlegenden Probleme Chinas entsprechen damit jenen, die auch die Konfliktgeschichte des westlichen Zivilisierungsprozesses geprägt haben. Im Herbst 2008 wurden sie in China in der „Charta 08“ artikuliert – einem Manifest für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das zur Verfolgung und Ver-

haftung vieler chinesischer Bürger, insbesondere von Intellektuellen führte, aber immense Aufmerksamkeit inner- und außerhalb Chinas zur Folge hatte.

All das zeigt: Die in Chinas staatlichen und Parteiinstitutionen verankerte antiwestliche Position scheint derzeit zwar noch übermächtig zu sein, aber infolge des tiefgreifenden sozialen Wandels wird sich auch hier die politische Landschaft verändern. Liu Xiaobo, einer der Hauptautoren der „Charta 08“, sagte im Gerichtsprozess während seiner Verteidigungsrede hierzu Folgendes: „Heutzutage, im 21. Jahrhundert, ist die Freiheit des Worts für die Mehrheit meiner Landsleute Konsens, und die literarische Inquisition [die Strafverfolgung als Folge von Veröffentlichungen, d. Verf.] wird allgemein verurteilt. Rein vom objektiven Effekt her betrachtet, ist es schwieriger, den Leuten den Mund zu verbieten als einen Fluss einzudämmen. Auch hohe Gefängnismauern können die Meinungsfreiheit nicht aufhalten. Eine Staatsmacht wird sich kaum einen Anspruch auf Legitimität verschaffen können, indem sie oppositionelle Meinungen unterdrückt, und sie wird durch literarische Inquisition auch niemals für dauerhaften Frieden und Ordnung sorgen. Denn die Probleme, die durch die Spitze einer Feder entstehen, können nur durch die Spitze einer Feder gelöst werden; wer mit einem Gewehrlauf die Spitze einer Feder bekämpft, wird damit nichts als Menschenrechtskatastrophen produzieren.“⁵

Die Situation in der Volksrepublik China ist, wenngleich in unterschiedlichen Abstufungen und Zuspitzungen, in vielen anderen Ländern der sogenannten Dritten Welt zu beobachten. Vielerorts gibt es vergleichbar autoritäre Machteliten eines postkolonialen *ancien régime*, die die lokalen Ressourcen mit Hilfe des von ihnen besetzten Staatsapparats und anderer öffentlicher Institutionen zu eigenem Nutzen ausbeuten. Afrika bietet hierfür reichhaltiges Anschauungsmaterial – wobei gerade das Verhalten westlicher Staaten und Firmen vor Ort vor und nach der politischen Unabhängigkeit Entwicklungen entgegenwirkte, die der Zivilisierung der öffentlichen Ordnung möglicherweise zuträglich gewesen wären.

Man erinnere sich, was Afrika betrifft, nur an die frühen gesellschaftspolitischen und kulturellen Entwicklungsperspektiven eines Kwame Nkrumah, Ahmed Sékou Touré, Léopold Senghor und anderer führender, die Unabhängigkeit erstreitender Politiker: Ihre weitreichenden Ideen – etwa einer *African Personality*, eines Panafrikanismus, oder der *négritude* – waren bemerkenswerte ordnungspolitische Zivilisierungsideen, die jedoch im Laufe der Jahre in Vergessenheit gerieten oder aber zu Herrschaftsideologien umfunktioniert wurden.⁶

Waren es früher vor allem westliche Ausbeutungsinteressen, die die abträglichen Entwicklungen vertieften, ist es neuerdings nicht zuletzt der chinesische Ressourcen hunger, den afrikanische Eliten zu eigenem Nutzen nur allzu gern befriedigen. Obwohl China zwar äußerlich betrachtet nicht in

5 Vgl. Liu Xiaobo, *Ich habe keine Feinde, kenne keinen Hass*, Frankfurt a.M. 2011, S. 377; siehe auch Ian Johnson, *Dreams of a Different China*, in: „The New York Review of Books“, 18/2013, S. 59-61.

6 Zu diesen frühen programmatischen Ideen vgl. Dieter Senghaas, *Politische Innovation. Versuch über den Panafrikanismus*, in: „Zeitschrift für Politik“, 12/1965, S. 333-355.

die inneren Angelegenheiten Afrikas eingreift, fördert es oft spektakuläre Infrastrukturprojekte, ebenfalls zu eigenem Nutzen. Die entwicklungspolitisch problematischen Folgen dieser sich im Aufschwung befindenden bilateralen Beziehungen – als einer Variante von Neokolonialismus – sind weit wirkungsvoller als die durchaus vorhandenen Versuche von afrikanischen Intellektuellen, die auf der lebensweltlichen Ebene vielerorts noch immer präsent, meist kleinräumigen ordnungspolitischen Vorstellungen der einstigen Stammesgesellschaften aufzuarbeiten, um hierüber autochthone Entwicklungsperspektiven in den Zivilisierungsprozess vor Ort einzubringen (wie es beispielsweise in der *sage philosophy* geschieht).⁷

Und dennoch: Trotz einer nach wie vor hohen Analphabetenrate (von rund 60 Prozent) und trotz einer immer noch einseitig exportlastigen Ökonomie wird auch in Afrika ein selbstbestimmter Zivilisierungsprozess mittel- und langfristig unabweisbar sein. Denn auch hier werden sich die heranwachsenden Generationen in den kommenden Jahrzehnten mit dem entwicklungsabträglichen Status quo nicht länger abfinden – ganz nach dem Vorbild der „Arabellion“.

Der Sog der Arabellion und die Folgen

Die „Arabellion“ hat der Weltöffentlichkeit dokumentiert, wie trotz eines vermeintlich stabilen Status quo des *ancien régime* ein politisch-kultureller Problemdruck entsteht und früher oder später politisch explodiert – oft ausgelöst durch nicht prognostizierbare, zufällige Ereignisse. Die klassische Studie über diesen Typ von politischer Konstellation ist übrigens mehr als 150 Jahre alt und doch immer wieder hochaktuell, nämlich Alexis de Tocquevilles „L'ancien régime et la révolution“ aus dem Jahr 1856.

Wie aber wird mit dem Problemdruck bzw. den revolutionären Umbruchbewegungen vor Ort umgegangen? Auch hierbei zeigen sich ganz naheliegende Parallelen zu den entsprechenden Erfahrungen in der europäischen Entwicklungsgeschichte der vergangenen 200 Jahre. Die politisch-gesellschaftliche Landschaft war und ist vielgestaltig: Die gewaltsame militärische Niederschlagung von Umbruchbewegungen (siehe das Beispiel Syrien) ist ebenso zu beobachten wie der Versuch, ein in der Tendenz absolutistisches Regime in ein Regime des „aufgeklärten Absolutismus“ zu überführen (siehe Marokko). Werden republikanisch motivierte politische Ordnungen verfassungsmäßig und institutionell auf den Weg gebracht, ist eine orthodox-theokratisch motivierte Konterrevolutionsbewegung möglich oder wahrscheinlich (siehe Tunesien). Nichts anderes war in Reaktion auf die Französische Revolution während des ganzen 19. Jahrhunderts in Frankreich zu beobachten, maßgeblich gefördert durch die katholische Kirche. Schrittweise Reformen, wie sie in den islamisch geprägten Gesellschaften Südostasiens eingeleitet wurden, werden möglicherweise solidere Ergebnisse zeitigen als

⁷ Siehe Henry Odera Oruka, *Sage Philosophy. Indigenous Thinkers and Modern Debate on African Philosophy*, Leiden 1990.

revolutionär zugespitzte Konstellationen, in denen die beteiligten politischen, religiösen, ökonomischen und vor allem auch militärischen Kräfte sich möglicherweise als unfähig erweisen, einigermaßen tragfähige Kompromisse über die Neugestaltung der öffentlichen Ordnung zu finden (siehe Ägypten).

Die gegenwärtige Umbruchsituation mitsamt ihren höchst unterschiedlichen Ausprägungen ist im Übrigen kein Spezifikum islamisch geprägter Gesellschaften, denn sie zeigt sich andernorts genauso, wie das mehrheitlich buddhistisch geprägte Burma (Myanmar) dokumentiert: Hier geht es nicht nur um den Übergang von einem Militärregime zu einer zivil geprägten Ordnung, sondern vor allem auch um den Aufbau einer föderalistischen Struktur des Staates, innerhalb derer eine Vielzahl von Minderheiten ethnischer bzw. religiöser Prägung den von ihnen seit langem angestrebten Status relativer Autonomie einzunehmen imstande wäre. Es geht dabei also insgesamt um den völligen Neuaufbau einer politischen Ordnung. Speziell im Hinblick auf Autonomieregelungen für Minderheiten könnten dafür auch aktuelle europäische Erfahrungen von Relevanz sein – im positiven wie im negativen Sinne (Südtirol-Korsika, Kurdistan, Transnistrien und anderen), von den vielgestaltigen historischen Erfahrungen ganz abgesehen (beispielsweise den deutsch-dänischen Minderheiten-Regelungen).

Der Austritt aus der Abhängigkeit

Die Entwicklungsgeschichte ist jedoch auch in anderer Hinsicht von bleibender Aktualität. Vor inzwischen gut fünfzig Jahren begann in Lateinamerika eine Debatte, die man als einen eigenständigen Beitrag auch zur westlichen Zivilisierungsperspektive betrachten kann: die *Dependencia*-Diskussion. In ihr wurden Varianten eines Schichtungsmodells der internationalen Gesellschaft und internationalen Ökonomie entwickelt (und folglich auch der internationalen politischen Ordnung) – als eines Modells, das die Abhängigkeitsstrukturen zwischen dominanten Zentren, Subzentren, Semiperipherien, Peripherien und Subperipherien sichtbar macht. Dieses Modell prognostizierte die offensichtliche Unmöglichkeit einer erfolgreichen nachholenden Entwicklung von Peripherien unterschiedlicher Ausprägung auf die Entwicklungshöhe von Zentren – unter den gegebenen Bedingungen struktureller Abhängigkeit. Es stellte die Doktrin des Freihandels infrage und plädierte für unterschiedliche Varianten von Entwicklungsprozessen, die sich aber alle durch eine Abkopplung auf Zeit von den Zentren auszeichnen sollten.

Interessant ist nun, dass dieses erfahrungswissenschaftlich fundierte Modell letztlich, wenngleich zunächst unbewusst, eine Entwicklungserfahrung aus der Frühphase westlicher Entwicklungsgesellschaften rekapituliert. Damals nahm England die unbestrittene Spitzenposition in der internationalen Ökonomie ein, aufgrund der dort bereits erfolgten Agrar- und industriellen Revolution. Die übrigen westlichen Gesellschaften in Europa, Nordamerika und Ozeanien waren dagegen in der Gefahr, über freihändlerische Arrangements zu exportlastigen Anhängseln (Exklaven) Englands,

also zu Peripherien zu werden – wenn sie denn nicht eigenständige, das heißt auf autozentrierte Entwicklung ausgerichtete Strategien verfolgten.

Hierüber fanden sich klare politisch-strategische Programmatiken nicht nur bei Autoren wie Friedrich List (1789-1846), sondern auch und durchaus zugespitzt in den *Federalist Papers*, in denen die „arroganten Anmaßungen der Europäer“ (gemeint ist die englische Politik) mit unvergleichlicher Deutlichkeit geißelt wurden. Nicht nur mit Blick auf das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union sind diese Programmatiken noch immer von enormer entwicklungs- und zivilisierungspolitischer Relevanz, wie weitsichtige Analysen von Autoren aus der nicht-westlichen Welt dokumentieren.⁸ Eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung ist im hier diskutierten Zusammenhang von immenser Bedeutung, weil ohne eine solche Entwicklung zukunftssträchtige Zivilisierungsperspektiven auf ordnungspolitischer Ebene nur schwerlich zu realisieren sind.

Perspektiven der Zivilisierung

Was also lernen wir aus diesem globalen Rundumblick über den aktuellen Stand der Zivilisierung? Westliche Zivilisierungsperspektiven sind durchaus, wenngleich im Einzelfall mehr oder weniger, auf der Höhe des in diesen Gesellschaften in den vergangenen zwei Jahrhunderten entstandenen gesamtgesellschaftlichen Problemdrucks – als dem Ergebnis massiven sozio-ökonomischen und kulturellen Wandels. Allerdings lassen die weltweit zu beobachtenden Umbruchsituationen ihrerseits überall einen vergleichbaren ökologisch zugespitzten Problemdruck entstehen. Die internen Auseinandersetzungen darüber, wie dieser zu bewältigen ist, sind wiederum durchaus denjenigen vergleichbar, die es auch innerhalb der westlichen Gesellschaften gegeben hat und zum Teil immer noch gibt.

Wer die westlichen Entwicklungsperspektiven also nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beginnen lässt, sondern in früheren Jahrhunderten, insbesondere seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, wird mit einem Blick auf die weite Welt dort heute mehr Parallelitäten beobachten als Gegensätzlichkeiten. Wie mit politisierter Pluralisierung innerhalb und auch zwischen Gesellschaften umzugehen ist, bleibt in vielen Teilen der Welt die eigentliche Herausforderung – heute wie in den kommenden Jahrzehnten. Ohne einen *clash within civilization*, als politische Auseinandersetzung jeweils vor Ort, wird zivilisierender Fortschritt in der Regel jedoch nicht zustande kommen. Programmatische und institutionelle Innovationen bei der Bewältigung der global sich politisierenden Pluralität sind dabei keineswegs ausgeschlossen – doch welche werden es sein und sich schließlich bewähren? Das ist und bleibt die große Frage; vermehrte Erkundungen in Praxis und Wissenschaft sind dazu überfällig.

⁸ Etwa von Samir Amin, *Revolution in der Sturmzone. Vom ägyptischen Frühling zum kapitalistischen Herbst?* In: „Blätter“, 2/2012, S. 81-94, aber auch bei Ha-Joon Chang, *Kicking Away the Ladder. Development Strategy in Historical Perspective*, London 2002.